

Stand: 05.02.2018 09:51:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20310

"Straßenausbaubeiträge: Keine Bescheide mehr rausschicken!"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 17/20310 vom 24.01.2018
2. Beschluss des Plenums 17/20387 vom 25.01.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Straßenausbaubeiträge: Keine Bescheide mehr rausschicken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Sinne eines einheitlichen Verwaltungsvollzugs darauf hinzuwirken, dass Bescheide aufgrund von Straßenausbaubeitragssatzungen bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens nicht mehr erlassen werden.

Begründung:

Nachdem die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eingebracht hat, wurde seitens der CSU-Fraktion nunmehr ebenfalls angekündigt, mit einer Gesetzesänderung Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Jetzt noch Kommunen in die Situation zu bringen geltendes Recht umzusetzen, mit dem Wissen, dass dieses in kürzester Zeit weg fällt, ist unverantwortlich. Weiter Bescheide zu erlassen macht in diesem Fall nicht nur keinen Sinn, sondern zerstört den Rechtsfrieden und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere politische Arbeit. Daher ist es hier geboten, sofort zu handeln.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/20310

Straßenausbaubeiträge: Keine Bescheide mehr rausschicken!

Die Staatsregierung wird gebeten, die Kommunen im Sinne eines einheitlichen Verwaltungsvollzugs darauf hinzuweisen, dass Bescheide aufgrund von Straßenausbaubeitragssatzungen bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens nicht mehr erlassen werden sollen.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin